

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßendruck 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragene Zeitung.

Jahresabonnement 30 Pfg. (einschl. Postgebühren) oder beim Kauf von 120 Hefen, Westpreußen 35 Pfg. (einschl. Postgebühren) oder beim Kauf von 120 Hefen, Ostpreußen 35 Pfg. (einschl. Postgebühren). In den Provinzen des Reichsgebietes 40 Pfg. (einschl. Postgebühren). In den Provinzen des Auslandes 50 Pfg. (einschl. Postgebühren). In den Provinzen des Auslandes 60 Pfg. (einschl. Postgebühren). In den Provinzen des Auslandes 70 Pfg. (einschl. Postgebühren). In den Provinzen des Auslandes 80 Pfg. (einschl. Postgebühren). In den Provinzen des Auslandes 90 Pfg. (einschl. Postgebühren). In den Provinzen des Auslandes 100 Pfg. (einschl. Postgebühren).

Anzeigen-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Verleger: Kurt Roden 2895 und 2896

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Konterrevolution in Ungarn.

Die Entente hat den richtigen Mann für ihre Sonderarbeit in Ungarn gefunden. Der Erzherzog Josef, den sie mit der obersten Gewalt in Ungarn betraut hat, damit er den Weg zur Wiederherstellung der Monarchie ebne, ist jener selbe Erzherzog, der als „Soldatenvater“ so traurigen Ruhm im Oesterreich erworben hat, und der wegen der von ihm verursachten Massenflüchtlereien am Dobro-Platau vor seinem Posten als Kommandant des VII. Korps abberufen werden mußte. Dieser selbe Mann, dessen Führerqualitäten sich darin erschöpfen, daß er seine Soldaten mit Wuchsmengewehrfeuer in den Kampf trieb, und der im übrigen der typische Repräsentant der degenerierten Sabotage-Elite ist, ist nun von den Ententerregierungen ausgerufen worden, die proletarische Revolution in Ungarn mit Schwert und Stiel auszurotten und die feudal-kapitalistische Herrschaft der Grafenherzöge wieder herzustellen.

Es ist unverkennbar, daß die Liebertragung der Regierungsgewalt an den Erzherzog Josef den ersten Schritt zur Wiederherstellung der kaiserlich-königlichen Monarchie von Gnaden der Entente bildet. Was jetzt bekannt wird, ist die Wiedererrichtung der Monarchie in Ungarn von langer Hand vorbereitet worden. Es finden darüber Beratungen in Budapest und Szegedin statt, in denen die Pläne bis ins kleinste ausgearbeitet wurden. Es heißt jetzt, daß die Szegediner gegenrevolutionäre Regierung schon vor langer Zeit die Unterstützung Frankreichs für den Erzherzog Josef gewonnen habe. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, so ist es also in erster Linie das „Vordienst“ des republikanischen Frankreichs, die Monarchie der Habsburger, deren Vernichtung es u. a. als Kriegsziel aufgestellt hatte, wiederhergestellt zu haben.

Wer ist die Szegediner Nebenregierung, die als treibende Kraft hinter dieser gegenrevolutionären Bewegung stand? Nichts weiter als eine Clique von Magnaten und bankrotten Geschäftspolitikern, die sich selbst als „Regierung“ proklamieren, ohne doch irgendeine Organisation oder Partei ihnen die geringste Befugnis dazu gegeben hätte. Szegedin war für diese Sippschaft ein neues Solyman, wo die Häden der Verschwörung gegen die ungarische Republik zusammenliefen, von wo aus um die Grenzhaft Frankreichs und um die Unterstützung der rumänischen Landesfeinde geworben wurde, um mit deren Hilfe die Herrschaft über das ungarische Volk wieder zu erlangen. Was verdrückt, daß diese großen ungarischen „Patrioten“ sich mit den größten Feinden Ungarns zusammenzuziehen mußten, deren ungeheuerliche Forderungen die Kontinuität der proletarischen Revolution vom 21. März namhaft machen? Was fürten sich die Szegediner Landesherren darum, daß der Preis für die rumänische Waffenhilfe gegen das eigene Volk in der Abtretung großer Lebenswichtigen Gebiete Ungarns bestand? Sie zahlten Leben und Preis, die feuerbaren Herren von Szegedin; sie waren zu jedem Verrat, zu jeder Gemeinheit bereit, um die Arbeiter und Soldaten Ungarns um die Errungenschaften ihrer Revolution zu prellen und die Macht wieder an sich zu reißen.

Sand in Hand mit ihnen arbeitete die französische Diplomatie, die in ihrem blindwütigen Eifer gegen die proletarische Revolution nicht einmal davor zurückschreckte, die Lieberlieferungen der bürgerlichen Republik, die Grundzüge der angeblich von ihr vertretenen Demokratie mit Füßen zu treten, um die Herrschaft der ungarischen Feudalherren wieder herzustellen. Mit Lug und Trug ist dieses Vorhaben ins Werk gesetzt worden! Dem ungarischen Volk ist von Versailles aus nahegelegt worden, die Arbeiterrepublik preiszugeben und eine demokratische Regierungsform zu wählen, damit die Entente in Waffenstillstandsverhandlungen mit Ungarn eintreten und die Blockade aufheben könne. Am 1. August trat daraufhin die Nebenregierung zurück, und die Regierungsgewalt ging in die Hände einer aus Vertretern der Gemeindefunktionen gebildeten Regierung über, die sofort die nötigen Maßnahmen zur Einberufung der Nationalversammlung und der Bildung der Regierung auf demokratischer Grundlage traf. Anzwischen verhandelte der Leiter der italienischen Militärmission, G. Tomonelli, als einziger Vertreter der Entente in Budapest mit der sozialistischen Regierung, der dadurch schließlich die offizielle Anerkennung durch die Entente ausgesprochen wurde. Erst nachdem die Rumänen in Budapest eingeschlagen waren, und die Szegediner Landesherren die letzten Vorbereitungen getroffen hatten, wurden die letzten

Ziele der Entente enthüllt. Die Fortsetzung einer demokratischen Regierung erwies sich als eitel Hoß und Spott. Das die Ententerregierungen brachten, hatte nichts gemein mit den Interessen des ungarischen Volkes und die Aufrichtung einer demokratischen Ordnung. Sie brachten einen Krüger für die Militärdiktatur, einen unzuverlässigen Gendarm für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ruhe und Ordnung, sie brachten einen Senker für die Beseitigung der Errungenschaften der Revolution und die erneute Unterjochung der ungarischen Arbeiter und Bauern. Alle diese hervorragenden Qualitäten suchten und fanden sie bei dem Vertreter des Hauses Habsburg, dem jetzt die oberste Gewalt über Ungarn in die Hände gegeben worden ist.

Die offiziellen Nachrichtenbüros und die bürgerliche Presse suchen nun die Dinge so darzustellen, als ob die monarchistische Umwälzung in Ungarn in vollster Ruhe und Ordnung vor sich gegangen sei und die Bevölkerung nichts jehtlicher gewinnung habe als die Wiederherstellung der Monarchie. Diese Stimmungsmache kann indes niemand täuschen oder irreführen. Was ist, daß das ungarische Proletariat, seiner Waffen beraubt und durch zahlreiche Unfälle geschwächt, die Ausschreitungen der Gegenrevolution widerstandslos über sich ergehen lassen wird. Es kann aber niemand darüber im Zweifel sein, daß weder die Arbeiter noch die Bauern, die vierzehnhundert Monate lang das Joch der Kapitalist- und Adelsherrschaft von sich abgewälzt hatten, sich gutwillig unter das neuerrichtete Joch beugen werden. Sie werden das um so weniger, als das jetzt aufgerichtete Regime der Militärdiktatur auch die demokratischen Errungenschaften des Regimes Karoly's beseitigen und zu den schlimmsten Zeitaltern der Diktatur Kishas zurückzuführen wird. Daß für die heutigen Ordnungshüter in Ungarn daraus recht unliebbare Konsequenzen entstehen werden, liegt klar auf der Hand.

Aber auch für die regierenden Herren der Entente, und vor allem für die Regierung Clemenceau, die hinter dem monarchistischen Staatsstreich in Ungarn steht, wird die perfide, verräterische Politik in Ungarn recht unliebbare Konsequenzen in ihren eigenen Ländern nach sich ziehen. Breite Kreise des englischen und französischen Volkes haben stürmisch die Einstellung der militärischen Intervention gegen Ungarn verlangt, nicht nur, weil sie dem militärischen Abenteuer im Osten ein Ende setzen wollten, sondern auch, weil sie sich gegen die Unterdrückung der kleinen ungarischen Arbeiterrepublik auflehnten. Die jetzige Haltung der Ententerregierungen, die vollkommen unerschrocken als die Träger der monarchischen Gegenrevolution auftreten und damit die monarchische Welle nicht nur in Ungarn, sondern auch in Oesterreich und Deutschland stärken, wird den Volksmassen der Ententeländer vollends die Augen öffnen. Mögen die Staatsmänner in Versailles über ihren neuesten „Sieg“ triumphieren. Er wird ein Vorkurs-Sieg sein, der den Zusammenbruch der gesamten Politik der Ententediplomaten einleitet wird.

Wie die Diktatur inszeniert wurde.

Budapest, 7. August.

Sonderausgaben der Blätter melden auf Grund von Informationen, die sie vom Ministerpräsidenten Friedrich erhielten, noch über den Regierungswechsel: Sämtliche ordnungsgewandene Organisationen sowie die Beamten sämtlicher Ministerien hielten gestern Konferenzen ab, in denen die Lage besprochen wurde. Dabei wurde erklärt, daß der gängige Zusammenbruch Ungarns unabweislich sei, wenn sich nicht jemand finde, der es in größter Eile rette. Darauf begab sich eine größere militärische Deputation nach Moskau zu Erzherzog Josef und ersuchte ihn, die Lösung der Lage in die Hand zu nehmen. Nachdem Erzherzog Josef seine Bereitwilligkeit erklärt und in Budapest mit den Ententemissionen verhandelt hatte, wurde zunächst die frühere Staatspolizei verhaftet und eine freiwillige Truppe von etwa 8000 Bewaffneten bereitgestellt. Eine Abordnung derselben führte die Abdankung der bisherigen Minister herbei, die vorübergehend in Gewohrnam genommen und später wieder freigelassen wurden.

Der Regierungswechsel vollzog sich in der größten Ruhe und ohne Zwischenfall. Der kommandierende rumänische General, der Naruben besetzte, hatte für die rumänische Garnison Bereitschaft befohlen. Sämtliche Missionen verzichteten die neue

Regierung ihrer mächtigen Unterstützung. Erzherzog Josef wird im Laufe des heutigen Tages sein Osanel Palais beziehen.

Die Absichten der Entente. — Die Lage in Budapest.

H. N. Wien, 7. August.

Von einer der Wiener ungarischen Gesandtschaft nahestehenden Seite erhielt die „Neue Freie Presse“ folgende Informationen: Die erste Aufgabe der Entente wird es sein, die Durchführung der Erklärung der Räte Clemenceaus an die ungarische Regierung, die rumänischen Besatzungstruppen unter das Oberkommando der Entente zu stellen, die Waffenstillstandsbedingungen zu befestigen oder doch in Uebereinstimmung mit dem Waffenstillstand vom 18. November 1918 zu bringen und den Rückzug der die notwendige Besatzungsjahre überschreitenden Kräfte herbeizuführen. Die Zahl der in Budapest lebenden rumänischen Truppen wird auf 40 bis 50 000 geschätzt.

Die Strengs, mit der das Oberkommando Nordarescu die besetzte Stadt behandelt, hat überall Mißbilligung hervorgerufen. Es kommen vielfach Pländerungen und Verhaftungen auf offener Straße vor. Eine Abteilung rumänischer Soldaten begab sich gestern mittag in die Gopeler Waffenfabrik, um sie zu besetzen. Bald darauf hörte man in der Stadt das Knattern von Wuchsmengewehren. Wahrscheinlich dürfte die Arbeiterschaft dem Versuch der Rumänen entgegen den Waffenstillstandsbedingungen bereits jetzt eine Demonstration der Fabrik vorzunehmen. Widerstand geleistet haben.

Die Regierung der Gegenrevolution.

Budapest, 7. August.

Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros ist heute eine Kundgebung des Erzherzogs Josef angekündigt worden, in der es unter anderem heißt, eine Katastrophe drohe, wenn die ungarische Intelligenz, vereint mit der nichternen Arbeiterschaft und dem ackerbauenden Volke nicht mit starker Hand Ordnung stifte. Weiter gibt die Kundgebung die Ernennung folgender vorläufiger Minister bekannt: Ministerpräsident der frühere Staatssekretär für Geerwesen Stefan Friedrich, Innen: Adal Samassa, Krieg: General Gabriel Kanjos, Kultur und Unterricht: Dr. Alexander Janza, Krieg: General Franz Scheyer, Handel und Gewerbe: interimistisch Stefan Friedrich, Finanzen: Dr. Johann Gruens, Volkshygiene: Dr. Andreas Gyllerz, Ernährungen: einmweilen unbesetzt, Ministerium der nationalen Verteidigung: Dr. Jakob Sieber, Justiz: Dr. Bela Szodah, Ackerbau: Dr. Roland Ghoern.

In einigen Tagen soll nach Anhörung der Bürgerschaft, des ackerbauenden Volkes und der Arbeiterschaft eine Übergangsregierung gebildet werden.

Das Wüten der Ordnungsbeflie.

Wien, 7. August.

Die „Zeit“ meldet: Der ungarische Gesandte Hochm ist heute nach der Verdrückung sämtlicher Gehe walt im Automobil aus Wien geflüchtet. Am Vormittag erschienen in der Gesandtschaft ungarische Journalisten und Offiziere, verprügelten das Gesandtschaftspersonal und warfen es aus dem Gesandtschaftsgebäude hinaus.

Solidarität der Schuldigen.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis veröffentlicht in der deutschnationalen Wesse eine längere Darstellung des Friedensvertrages vom Sommer 1917. Wir entnehmen ihr das folgende:

Am 5. September 1917 ging in Berlin das Schreiben des Runtins in München an den Reichskanzler ein, das auf Grund einer in Abdrift befindlichen Mitteilung der britischen Regierung an den britischen Gesandten beim Vatikan der kaiserlichen Regierung eine Erklärung über ihre Absichten bezüglich Belgiens nahelegte und dabei als Lieberzeugung des Kardinal-Staatssekretärs ausdrückte, daß durch eine beschriebene Erklärung ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwidlung der Verhandlungen gemacht würde. Herr Michaelis habe, nach Rücksprache mit Herrn v. Kählmann, angenommen, daß es sich zwar um die starke Möglichkeit eines ernsthaften englischen Friedensfühlers handele, daß sich daraus jedoch noch nicht die Ernsthaftigkeit Englands ergabe, auf einer für Deutschland im übrigen annehmbaren Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb sollte erst durch einen neutralen Diplomaten die englische Regierung sondiert werden. Am 11. September fand eine

Sitzung des Kabinetts. Michaelis sei für die Übergabe einer Erklärung eingetreten, wonach Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Der Oberbefehlshaber habe sich dafür ausgesprochen, daß die flandrische Küste in deutscher Hand bleiben müßte. Die Oberste Heeresleitung wolle die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung behalten. Der Kaiser habe sich im Sinne von Michaelis entschieden.

Bei dem Briefwechsel zwischen Michaelis und Hindenburg vom 12. und 15. September 1917 habe es sich nicht um Vorbehalte gegenüber England gehandelt, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten. Die Denkschrift des Generals Ludendorff habe nur den Zweck einer schriftlichen Niederlegung seiner im Kabinet gemachten Ausführungen gehabt. Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes sei durch diese Dinge in keine Weise eingetrogen oder erschwert worden. Sie hätte jedoch zu einem negativen Ergebnis geführt, da sich herausgestellt habe, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage die durch die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 ausgesprochenen Ziele, bei der deutschen Regierung keinerlei Geneigtheit zu Friedensverhandlungen bestanden. Er habe sich weiter ergeben, daß der Kardinalstaatssekretär des Papstes und der Nuntius in München der Mitteilung des englischen Auswärtigen Amtes an den britischen Botschafter in Vatikan eine ihr nicht zukommende Bedeutung beigelegt hätten.

Diese Erklärung wird von Hindenburg, Ludendorff und Helfferich ausdrücklich bestätigt. Die Herren übernehmen also die Mitverantwortung für die Taten des Herrn Michaelis. Für den objektiven Beurteiler — und wir dürfen uns für objektiv genug halten, da wir die Herren von den Wehrheitsparteien für ebenso schuldig an der Verlängerung des Krieges halten wie die ehemalige Regierung und die Heeresleitung — ergibt sich auch aus dieser Erklärung nur der eine Schluß, daß die damalige Regierung in sträflicher Weise die Inbahnung von Friedensverhandlungen verschleppt und hintertrieben hat. Herr Michaelis bestätigt noch einmal, daß sich die Regierung nicht dazu entschließen konnte, auf Belgien vorbehaltlos zu verzichten, sondern daß sie mindestens durch Verhandlungen mit Belgien ihre annexionsistischen Wünsche befriedigen wollte. Und es ist kennzeichnend für die damalige Situation, daß Herr Michaelis das feste Glaubens war, diese annexionsistischen Wünsche fügten sich durchaus in den Rahmen der Reichstagsresolution vom 19. Juli ein. Die späteren Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und Bukarest, die ja selbst von den Vätern der Resolution gebilligt worden sind, haben diese Auffassung denn auch bestätigt. Kann man sich wundern, daß die Alliierten diese Resolution nicht als ein geeignetes Instrument für die Herbeiführung des Friedens gehalten haben?

Auch die Regierung veröffentlicht eine Erklärung. Sie verhielt sich aus Weimar eine Mitteilung, worin es heißt:

Der englische Friedensführer ist eine historische Tatsache. Er bestand aus einer mit ausdrücklicher Zustimmung Frankreichs durch Vermittlung des apostolischen Nuntius an die deutsche Regierung überreichte Anfrage Englands nach den deutschen Kriegszielen, insbesondere nach einer einwandfreien Erklärung über Belgien.

„Bei dieser Erklärung befriedigend“, so heißt es wörtlich in dem Schreiben des Nuntius Bacci an den Reichskanzler Michaelis vom 30. August 1917, „so meint Seine Eminenz (der Kardinalstaatssekretär), daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht wurde.“ Und der Nuntius fügt seinerseits hinzu, daß „mit einer persönlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird.“

Daraus zieht die offiziöse Erklärung den Schluß, daß kein Parteimaneöver imstande sein werde, darüber hinwegzutäuschen, daß die deutsche Regierung unter dem Einfluß der Obersten Heeresleitung und der hinter ihr stehenden alldeutschen Kreise eine Erklärung über Belgien nicht abgegeben und dadurch eine Friedensmöglichkeit verächtet habe.

Späte Erkenntnis.

In einem Artikel des „Vorwärts“ von gestern Abend über die Vorgänge in Ungarn finden wir folgende Stelle:

„Denken wir an den mit allen Mitteln der Lüge, des Chauvinismus, der Volksverhetzung und der aufgeregten Leidenschaften geführten Feldzug der deutschen nationalistischen Kreise gegen die Friedensunterzeichnung, so enthält sich und jetzt erst die Möglichkeit, die uns im Falle einer Ablehnung gedroht hätte, in schrecklicher Klarheit. Wie heute Ungarn, so wäre Deutschland das Aufmarschgebiet der feindlichen Heere geworden, und es hätte nicht vermocht, auch nur kurze Zeit den feindlichen Horden Widerstand zu leisten. Damit wären aber die Errungenschaften der Revolution in der größten Gefahr gewesen, vor den feindlichen Entente-Ländern restlos beseitigt zu werden.“

Ja, denken wir wirklich noch einmal daran, wie gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages gehetzt worden ist! Waren aber nur die nationalistischen Kreise daran beteiligt? Welche nicht der „Vorwärts“ gleichfalls die Unterschrift unter den Vertrag verweigert?

Der Balkenschwandel.

Der seitdem bekannte Pressebericht der deutschen Botschaft in Mitau läßt durch das Wolffsche Telegraphenbureau eine Nachricht verbreiten, die wiederum darauf berechnet ist, die Öffentlichkeit über die unhaltbaren Zustände im Balkenlande irrezuführen. Die unabweislichen, durch keinerlei Aussprüche zu widerlegenden Tatsachen, welche wir über das hinterhältige Spiel der deutschen Balkenpolitik der Öffentlichkeit unterbreitet haben, werden in dieser offiziellen Notiz dahingehend abgemildert versucht, daß alle Meldungen über „neue Offensivabsichten“ im Osten das Werk von Propagandisten seien, die unter allen Umständen Unruhen hervorzurufen wollten. Die deutsche Botschaft stützt sich dabei auf eine angeblich offizielle Äußerung eines lettischen Regierungsorgans und kommt dabei zu dem Schluß, dieses verheißene Zugeständnis von offizieller lettischer Seite bedeute freilich keine Garantie dafür, daß die Angriffe, die auf solcher Grundlage beruhen, nicht auch in Zukunft an den Stellen wiederholt werden, denen die Gehe gegen alles Deutsche Lebensbedürfnis ist.“

Diesem durchsichtigen Manöver gegenüber stellen wir noch einmal fest, daß das von uns veröffentlichte Material über die Vorgänge im Balkenland vollkommen einwandfrei ist und in dieser Hinsicht sowohl vor der Nationalversammlung als auch vor dem Forum der Internationale einer Prüfung standgehalten hat. Der Rückschub von Material und Truppen, der entgegen der ausdrücklichen Versicherung der Regierung

noch im in die letzten Tage hinein angehalten hat, ist durch keinerlei Gegenklärungen abgestritten, am wenigsten durch die Verlogenheitsausflüchte der deutschen Botschaft in Mitau. Die Nachrichten darüber stammen keineswegs ausschließlich von lettischer Seite, sondern von einwandfreien Zeugen, die an der deutschen Ostgrenze täglich und stündlich mit eigenen Augen die Aufrüstungsabsichten des Generals von der Goltz und seiner holländischen Hintermänner beobachtet haben. Diese Nachrichten werden von lettischer Seite höchstens ergänzt und bestätigt.

Wenn also die deutsche Regierung sich von ihrer Mitschuld an den blamablen Vorgängen im Osten reinwaschen will, dann darf sie dies nicht durch derartige verlogene Abstreitungsvorwürfe tun, die ihre Mitschuld nur noch vergrößern, sondern sie muß jeden weiteren Rückschub nach dem Osten rundweg unterlassen und die widerwilligen Offiziere sofort abberufen und zur Rechenschaft ziehen. Sie muß weiter die sofortige Zurückziehung der Truppen, und zwar auf dem schnellsten Wege, anordnen. Bei einem einigermassen guten, von keinerlei hinterhältigen Absichten beeinflussten Willen läßt sich dieser Rückschub in spätestens 14 Tagen bewerkstelligen. Denn es handelt sich doch nur um ein Heer von höchstens 40 bis 50 000 Mann, das, wie übrigens auch der große Rückschub des Willenheeres im Westen zeigte, schon längst zurückgezogen sein könnte, wenn bisher die erste Wölscht dazu vorgelegen hätte.

Eine grobe Irreführung.

Von einem früheren Mitglied des Warschauer Soldatenrats wird uns geschrieben:

Nach Wänterfeldungen sagte der preussische Kriegsminister in der Sitzung der Nationalversammlung vom 27. Juli in seiner Verteidigung des Generalgouverneurs Beseler, der Soldatenrat Warschau habe das deutsche Ansehen dadurch schwer geschädigt, daß er ungeheures Material in die Hände der Polen fallen ließ. Das ist doch eine schwere Verleumdung der Tatkraft! Man vergesse nur, daß es einmal die damalige Situation vom 10. November 1918. Die militärische Verpölung in Warschau brach platz zusammen. Der Generalgouverneur war plötzlich verschwunden. Selbst die Offiziere drängten deshalb darauf, daß ein Soldatenrat gewählt wurde. Ein Ausschuss bildete sich aus dessen Mitte, der die Geschäfte des Generalgouvernements übernahm. Wohl waren das tüchtige Männer, die Tag und Nacht fast ununterbrochen arbeiteten und in der verworrenen und überaus schwierigen und gefährlichen Situation ihr Bestes hergaben. Sie waren aber den polnischen Behörden doch insofern unterlegen, daß sie sich in die gewaltige Materie erst einarbeiten mußten, während jene alle Beziehungen kannten. Glaubt jemand im Ernst, daß die gewaltigen Vorräte nach Deutschland hätten geschafft werden können, wo doch sofort der Eisenbahnverkehr im ganzen Lande stockte? Das hätte vielleicht nur Beseler tun können, der doch alle Verhältnisse seit Beginn der Besetzung Warschaws im Jahre 1915 genau kannte, aber Beseler war, wie gesagt — verschwunden!

Der Soldatenrat tat, was er tun konnte. Sämtliche erreichbaren Vorräte wurden gegen Quittung den polnischen Behörden übergeben. Mit dem polnischen Staatschef Pilsudski wurde ein Vertrag geschlossen, nach dem die Vorräte mit der deutschen Regierung verrechnet werden sollten. Es wäre jetzt die Aufgabe der deutschen Reichsregierung, sich an diesen Vertrag zu halten.

Noch eine andere große Aufgabe ist dem Soldatenrat vollständig gelungen. Das war der geordnete Abtransport der deutschen Garnison, der Beamtenstaffel und von überaus zahlreichen angestellten Frauen und Mädchen. Es ist mit ein Hauptverdienst des Soldatenrats, daß in den kritischen Tagen nicht ein deutsches Menschenleben verloren gegangen ist, obwohl die Situation in der Millionenstadt, von der der militärische, fremde Druck so plötzlich genommen war, oft auf das äußerste zugespitzt war.

Zum Schluß möchte ich noch eine Bemerkung des Kriegsministers richtig stellen. Er sagte: „Die Offizierskandidaten wollten lieber zu Fuß durch Polen marschieren, als daß sie ihre Waffen abgaben.“ Dadurch wird der Anschein erweckt, als wüßten sie ihre Waffen tatsächlich behalten hätten. Leider waren auch sie gezwungen ihre Waffen abzugeben, ebenso wie die anderen Truppenteile. Der preussische Kriegsminister hat jedenfalls noch immer keine Ahnung von den tatsächlichen Vorgängen in Polen bei Ausbruch der Revolution. Sonst hätte er sich nicht dazu hergelassen, eine alte Legende aufzuwärmen, die längst widerlegt ist.

Kostes Machtbereich wird vergrößert.

Am 1. Oktober soll, veranlaßt durch die neue Verfassung, Koste's Machtbereich vergrößert werden. Die Kriegsministerien der Einzelstaaten verschwinden. An ihre Stelle treten Reichswehrexzellen. Die Heeresverwaltung geht auf das Reich über. Den Einzelstaaten stehen wieder Verwaltungsbefugnisse nach Kommando-gewalt zu. Die Reichsregierung ist der Nationalversammlung beim Reichstags veranwortlich. Nun kann Koste selbstherrlich im ganzen Deutschen Reich walten. Kein einzelstaatliches Kriegsministerium kann ihm noch hindernd in den Weg treten. Seine dienstbaren Geister in den Reichswehrexzellen sind für Preußen der bisherige Kriegsminister Oberst Reinhardt, für Bayern Generalleutnant Burgardt, für Sachsen Generalmajor von Odershausen und für Württemberg Oberleutnant Willwartz.

Ein Proteststreik im Weissenfelder Bezirk.

Uns wird mitgeteilt: Seit einigen Tagen sind im Weissenfelder Landkreise Kasakstruppen einquartiert, angeblich gegen das Ueberhandnehmen der Feldblieschäfte. Der Bergarbeiterschaft hat sich darüber eine ungeheure Aufregung bemächtigt. Diese Aufregung ist noch gestiegen, da in der Nacht vom 4. zum 5. August beim Schichtwechsel der Grube Reuzsch bei Hohenmühl der Bergarbeiter Reinhold Ludwig aus Ruschowitz auf dem Nachhausewege von einem Soldaten der Regierungstruppen erschossen worden ist. Die Feststellung hat ergeben, daß L. nur auf dem Berufswege war und sich nicht etwa auf Abwegen befunden hat. Die Botschaft der Grube Reuzsch hat darauf zum Protest gegen diese Bluttat die Arbeit niedergesetzt. Bezirkssekretär Windau, der telephonisch von diesem Vorfall benachrichtigt wurde, hat sofort nähere Erkundigungen eingezogen.

Stenotberatungen in der Nationalversammlung.

Nach mehrstündiger Pause nahm heute die Nationalversammlung ihre Beratungen wieder auf und trat in die Erörterung der zweiten Lesung des für vorgeschlagenen Steuerbühels ein. Das

Land beschäftigte sich zunächst mit dem Gesetzentwurf über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, sowie mit dem Gesetzentwurf über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. In kaum dreißig-minütiger Sitzung wurden beide Gesetzentwürfe in zweiter Lesung verabschiedet.

Genosse Eichhorn in Weimar.

Weimar, 7. August. (W. Z. B.) Der Abgeordnete Eichhorn, ehemals sogenannter Polizeipräsident von Berlin, ist heute im Sitzungssaal der Nationalversammlung anwesend.

Die Entente und Frankreich.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Stockholm, 7. August.

Die bekannt sein dürfte, hat die Entente der Anerkennung der finnischen Selbständigkeit unter Vorbehalt zugestimmt. Das finnische Parteiorgan „Sozialdemokraten“ ist nun in der Lage, nähere Einzelheiten darüber mitzuteilen. Die Bedingungen lauten, daß Finnland die Befestigungen in der finnischen Pust in Grohnyland — die Entente meint natürlich nicht Sowjetrußland — abtreten soll; es wären dies die strategisch wichtigen Anlagen auf Aland, ferner die Befestigungen von Ino Soeborg und Porfala. Dieser Plan, der Finnland dem reaktionären Grohnyland ankliefen würde, wird von der finnischen Arbeiterkassette am stärksten bekämpft werden. In Finnland mehren sich die Zeichen eines grohnylandigen Staatsstreiks, den General Mannerheim nach seiner Wahlniederlage vorbereitet.

Eine Erklärung der russischen Regierung.

Helingsfors, 7. August.

Das russische Nachrichtenbureau bestatigt in Petersburg folgende Tatsachen:

„Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß das verschiedene Gerücht über angebliche Verhandlungen, welche die Bildung einer Koalitionsregierung in Schweden bezwecken sollen, von Anfang bis zu Ende pure Fiktion ist. Ebenso sind die absurden Berichte von angeblichen Abtrittsabsichten Benins vollständig lächerlich. Dies sind nichts weiter als bloße Lügen, die zu böswilligen Zwecken verbreitet werden. Die kommunistische Regierung sieht sich im Sattel, ihr Sieg über Bolschewik ist nicht schmetternd. Nach ihm wird Denikin vom selben Los befallen werden. Im Innern geht die organisatorische konstruktive Arbeit der Sowjetmacht allmählich vorwärts. Nur verräterische Elemente vom Weichen vor den Feinden der Arbeiterklasse sprechen. Die russische kommunistische Revolution kämpft unentwegt weiter. Ihre Lage besetzt sich immer mehr. Sie denkt an kein Weichen. Sie brandmarkt die Ausreißer solcher infamen Lügen als Verächter als niederträchtige Schurken und Arbeiterfeinde.“

Ein Appell Hoovers an die Bergarbeiter.

Berlins, 7. August.

„Ratin“ veröffentlicht einen Appell Hoovers an die Bergarbeiter Europas nicht nur das zu tun, was sie tun können, sondern das, was sie tun müßten. Der Achtstundentag nicht zu einer Arbeitszeit von sieben oder sechs, einhalb Stunden herabzusetzen. Er läßt keinen Zweifel daran, daß Amerika Europa nicht von der Kohlennot befreien könne, denn nach seiner Berechnung fehlten in diesem Winter zwanzig Millionen Tonnen Brennmaterial monatlich für die Versorgung Europas.

Die Forderungen der amerikanischen Eisenbahner.

Washington, 6. August (Reuters.)

Vierzehn amerikanische Eisenbahnverbände, die etwa zwei Millionen Arbeiter vertreten, haben der Eisenbahnverwaltung gemeinsam die Forderung auf sofortige Erhöhung der Löhne vorgelegt.

Arbeitseinstellung auf den New-Yorker Straßenbahnen.

Amsterdam, 7. August.

Das Neuterische Bureau meldet aus New York, daß auf den gewöhnlichen und den Hochbahnen gestern Abend die Arbeit eingestellt worden ist.

Der Bäderstreik in London.

Amsterdam, 7. August.

Laut „Allgemein Handelsblatt“ melden „Daily News“, daß der Bäderstreik anfängt, da auf der Konferenz zwischen Arbeitgebern und Bädereigenen keine Einigung erzielt wurde. Die „Newspaper Courant“ aus London meldet, Strerig in Folge des Bäderstreiks ein großer Brotmangel. In Nottingham waren gestern Abend ungefähr 1000 Familien ohne Brot.

Die Beratungen des Friedensvertrages werden in der französischen Kammer am Dienstag, den 26. August begonnen. Die Aufhebung von niederländischen Ausfuhrverboten für Rohwolle, Rohbaumwolle und Hanf steht bevor.

Die Zwischenfälle in Triest sollen sich, nach einer Mitteilung der italienischen Militärmission, als geringfügige Zusammenstöße ohne jeden politischen Charakter erweisen.

Nun Treich gegen eine Besetzung Bulgariens durch französische Truppen soll es, nach einer Zürcher Meldung, zu einem Generalstreik der Arbeiter in allen Balkenländern kommen sein.

Über 800 deutsche Kriegsgefangene aus englischen Gefangenenlagern in Nordfrankreich sind in Köln-Deutz eingetroffen.

Wohlfahrtsarbeiten für die Sieger. Das englische Unterhaus hat beschlossen, verschiedenen Besatzländern zur See und zu Lande 585 000 Pfund Sterling, darunter je 100 000 Pfund für Belgien und Dänemark, zu schenken. Die Arbeiterpartei hat beantragt, die Gesamtsumme auf 200 000 Pfund herabzusetzen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Wegen des Zündholzmangels veröffentlicht der Vorstand der Vereines deutscher Zündholzfabrikanten eine Erklärung. Der Unternehmer behauptet, daß die Aufhebung der Kontingentierung vernichtende Folgen für die kleineren Betriebe und deren Arbeiter haben würde. Die Herabsetzung der Ermäßigungsbeihilfen werde die beschriebene Erhöhung der Einnahmen aus den Zündholzlagerhäusern auslösen. Die Unternehmer schätzen natürlich „Allgemeininteressen“ vor.

Die Einreise von deutschem Rahl nach den Vereinigten Staaten wurde nach einer Meldung aus Washington wieder zugelassen.

Unabhängige Sozialdemokratie und Wiederaufbau.

II. Kommission zur Beschaffung von 40 000 bis 50 000 Familienbaracken.
Innerhalb der nächsten Tage werden die unter Nr. 1, 4, 10 und 11 aufgeführten Unterkommissionen ihre Arbeiten beginnen. Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen kann als befriedigend angesehen werden.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Zu den Mitteilungen in der Presse über die Verhandlungen im Reichs-Arbeitsamt ist zu bemerken, daß eine prinzipielle Übereinstimmung der beiderseits Beauftragten über einige Punkte erzielt worden ist. Die Sitzungen, die jetzt wöchentlich Tag um Tag geführt werden, sollen erst erweisen, ob die Verhandlungen von Seiten der Arbeitgeber in der gleichen Weise weitergeführt werden, wie vor dem Reichs-Arbeitsamt. Falls diese Auffassung zutrifft, ist zu erwarten, daß der „Ertakt“ neunmonatlicher Beratung endlich den Angeklagten zur Beifügung vorgelegt werden kann. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen in diesem Monat zum Abschluß gelangen.

Streik in der Schreibmaschinenbranche.

Am Montag sind die Arbeiter in der Schreibmaschinenbranche in den Streik getreten, nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, die Forderung auf Zahlung von Einzel-Löhnen zu bewilligen. Die Unternehmer erklärten, durch Ehrenwort verpflichtet zu sein, nicht über die gesetzlich übliche hinausgehen zu dürfen. Die am Streik beteiligten Kollegen werden aufgerufen, sich dem Streik anzuschließen und keine Streikarbeit zu leisten. In folgenden Betrieben wird getreift: Schäfer u. Claus, Remington-Schreibmaschinen G. m. b. H., Ferd. Sören, Adler-Werke, Solzberg (Oliver), „Cosmos“, Halbach, Hillig u. Co., „Jals“, Smith Premier, Ostfreund, Strothmann, Germania.

Fortdauer des Streiks im chemischen Großhandel.

Zwischen einer Kommission der Arbeitgeber und der Streikleitung der sich im Ausland befindenden Angestellten und Arbeiter hat gestern nachmittag unter Führung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Deutschen Transportarbeiterverbandes eine Beisprechung stattgefunden. Die Vertreter der beiden genannten Organisationen haben sich die größte Mühe gegeben, sachliche Verhandlungen anzubahnen, während die Arbeitgeber sich ablehnend verhielten. Erst nach einhelfständigen internen Beratungen der Arbeitgeber erklärten sich diese bereit, mit dem Transportarbeiterverband die Verhandlungen an einem noch festzusetzenden Tage aufzunehmen. Weiter verlangten die Arbeitgeber vom Zentralverband der Handlungsgehilfen nochmalige Vorschläge, die auch bereitwillig gegeben wurden, um eine Grundlage zu neuen Verhandlungen zu finden.

In der Zwischenzeit verlor die Gewerkschaftsbundlaufmännlicher Angestelltenverbände, wie dies aus einem Artikel in der „Morgenpost“ ersichtlich, einen Teil zwischen den Angestellten und Arbeiter zu treiben. Demgegenüber ist in der Versammlung der Streikenden am gestrigen Vormittag zum Ausdruck gebracht worden, daß sich in diesem Kampf Angestellte und Arbeiter nicht trennen lassen, sondern gemeinsam bis zur Erfüllung ihrer Forderungen im Streik verharren. Zur Entgegennahme weiterer Informationen versammeln sich die Streikenden heute früh 9 Uhr abends in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17-18.

Die Ausbeutung in den photographischen Kunstdruck- und chromolithographischen Anstalten.

In einer trostlosen wirtschaftlichen Lage befinden sich noch die in den photographischen Kunstdruck- und chromolithographischen Anstalten beschäftigten Buchbinder, Transport- und Hilfsarbeiterinnen. Drückt doch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses leicht seine Verwunderung aus, wie man mit solchen Löhnen existieren kann, und meinte, die weiblichen Arbeiter müßten ja geradezu auf die Straße getrieben werden. Es existieren, wie bei den Itzchen Schwerdfeger und Hühner u. Benßen Wochenlöhne von 20-30 M. im Afford, einschließlich Feuerungszulage. Die Unternehmer haben es nun verstanden, das Erlösen um Verhandlungen so zu sabotieren, daß dieselben monatlang hinausgezogen wurden. Heute finden endlich die ersten Verhandlungen statt. Die inzwischen von den Arbeiterschichten geforderten Wirtschaftskriterien wurden am 1. August vom Schlichtungsausschuss abgelehnt und auf den kommenden Lohnstreik vertrieben.

Eine gestern in den Musikersälen tagende, stark besuchte Brandenburger Versammlung nahm nun zu dieser Lage Stellung. Weniger Lipold gab die aufgeregten Forderungen bekannt und zwar in der Hauptsache als Wochenlöhne für männliche Arbeiter 110 bzw. 120 Mark, für weibliche Arbeiter 80 bzw. 55 Mark, für Arbeiterinnen unter 16 Jahren 27,50 bis 45 Mark. Minderforderte die Emissionenarbeiter und -arbeiterinnen zum Anschluß an den Fabrikarbeiterverband auf. Die Diskussion betraf schauerhafte Zustände und nomenloses Elend auf der Versammlung nahm gegen wenige Stimmen den Antrag an, daß die oben geforderten Lohnsätze um 10 Mark erhöht werden, und wählte dann eine fünfjährige Tarifkommission. Wir wollen hoffen, daß heute der Schlichtungsausschuss alles dransetzt, dieser schamlosen Ausbeutung ein Ende zu machen.

Die Angestellten der Kriegsmetall-Werke nahmen am Dienstag in einer stark besuchten Personalversammlung den Bericht des Ausschusses entgegen. Dieser teilte mit, daß ein neuer Kollektivvertrag in Vorbereitung sei. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß der Entwurf bereits den Reichsämtern zur Genehmigung vorgelegt werden konnte. Der Entwurf sieht außer einer allgemeinen Kürzung der Gehälter auch eine Forderung der Rindfleischsteuer und die erneute Forderung einer Wirtschaftskriterien - welche bereits im Januar d. J. einmal gestellt und abgelehnt wurde, - vor. Aus dem Bericht des Ausschusses geht der Arbeitsausschuss ganz hervor, daß bei den Behörden an vielen Stellen noch immer derselbe vorrevolutionäre Geist herrscht, der schon so oft in der Öffentlichkeit kritisiert worden ist. Es steht jedoch zu erwarten, daß der Arbeitsminister Robert Schmidt bei den maßgebenden Instanzen dafür eintreten wird, daß dieselbe dem eingeleiteten Entwurf baldigst zustimmen. Eine Resolution, die besagt, daß die Angestellten bereit sind, ihre Forderungen nachdrücklich zu vertreten, wurde von den Versammelten einstimmig angenommen.

Die Arbeitnehmer der Biervertriebsgesellschaft Wilkenet Hagen vorm. Camphausen sind mit genauen Firmen wegen Lohnforderungen in Differenzen geraten. Der Herr Direktor Jenstich steht nämlich auf dem Standpunkt, daß die Organisation kein Recht hat, sich um Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Arbeiter zu kümmern. Er forderte von den Arbeitnehmern die Annahme seiner Zugeständnisse und als einer der Sprecher erklärte, daß die Organisation ihre Forderungen regeln wolle, wurde er sofort entlassen. Die Arbeiter legten darauf geschlossen die Arbeit nieder.

Siemenswerke! Transportarbeiter! Die Auszahlung der Streikunterstützung findet am Sonntag, den 8. August, nach Schluß der Arbeitszeit im Lokal von Marsden, Siemensstadt, Nonnendammallee, statt. Für Charlottenburger Werk und Glühlampenwerk im Lokal Oranienburger, Schulhofstraße.

Groß-Berlin.

Noch ein Mißtrauensvotum.

Ein Abonnent unseres Blattes schreibt uns: In einer Ihrer letzten Nummern erboten Sie eine Kolie, nach welcher der Rückversicherer beschlossen hat, den „Vorwärts“ wegen seiner schmähtlichen Haltung nicht mehr als Publikationsorgan zu benutzen. Das veranlaßt mich, darauf hinzuweisen, daß aus demselben Grunde auch der Verein der Freidenker für Feuerbestattung Berlin, der jetzt über 6000 Mitglieder zählt, vor kurzem den „Vorwärts“ als Publikationsorgan ausgeschlossen und an seiner Stelle die „Freiheit“ und die „Welt am Montag“ gewählt hat.

Derselbe Einsender fügt dazu noch hinzu, daß besonders die Gemeinheit des „Vorwärts“, die Schutzhaftinterpellation eines „Schulhastrummei“ zu nennen, bei ihm und anderen Empörung auszulöst habe. Man sieht, der „Vorwärts“ versteht es gut, sich die Sympathien gerecht denkender Menschen zu verschaffen.

Erholungs-aufenthalt und Halbtagsausflüge.

Zur Erholung der Schuljugend sollen in der Zeit vom 11. August bis 6. September an den Wochentagen gesundheitsfördernde schwächliche Kinder nach den Auenparksplätzen Platenfeld 1 und 11, Buch, Wartenberg und Wuhlbeide geschickt werden. Teilnehmer sind während der vier Wochen vom Schulanfänger befreit und werden auf Antrag der Eltern allein durch die Schule zugelassen. Bemerkungen bei der Deputation für die äußeren Angelegenheiten der städtischen Behörde sind zwecklos. Die Kinder haben sich am Montag, den 11. August, morgens 8 Uhr, auf den Sammelstellen einzufinden. Sie werden unter Aufsicht auf die Plätze geführt, bleiben dort den ganzen Tag, werden dort verpflegt ohne Abgabe von Rohrnahrungsmitteln und kehren abends nach Hause zurück. Ein metallener Korb oder ein Dreiviertel-Literlopf aus Metall ist mitzubringen. Porzellan- oder Glasgefäße sind nicht zugelassen. Der Kostenbeitrag von täglich 50 Pf. ist auf dem Sammelort zu bezahlen.

Halbtagsausflüge finden nur nach Grunewald, Hohensteinhausen und Platenwald statt, und zwar jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags in der Zeit vom 12. August bis 6. September, immer um 2 und 4 Uhr, von den Schulhöfen aus. Teilnehmen kann ohne Voranmeldung und Beitragsleistung jedes Berliner Schulkind, besonders solche, die nachmittags zu Hause ohne Vorrichtung und Aufsicht sind. Auf den Plätzen wird eine Suppe verabreicht. Die städtischen Schulhöfen sind für den Tag nach den Ausflügen zu verlassen. Die Sammelstellen und Abmarschzeiten werden in den Schulen bekanntgegeben werden.

Fractionsvorstand der U.S.P.D.-Arbeiter! Am Sonntag, mittags 12 Uhr, findet in den Zelten 23 eine Sitzung statt.

Zum Besten der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen in Sibirien hat das dänische Rote Kreuz in Kopenhagen unter dem Namen „Rotes Kreuz“ eine Stelle errichtet, die Briefe und Geldsendungen aus Deutschland und Österreich übermitteln und Nachforschungen nach den Gefangenen anstellt. Diese Briefe werden in Kopenhagen gesammelt und gehen über Amerika nach Vladivostok. Alle Zusendungen sind an Schloß Christiansberg, Kopenhagen, zu richten.

Lebensmittellisten.

Berlin. Infolge des besonders in der Endzeit äußerst geringen Auftriebes von Schlachtpferden ist es nicht möglich, im September dieses Jahres Pferdefleisch auf Karren auszugeben. Der Zeitpunkt der ersten Verteilung sowie die zur Ausgabe gelangende Menge wird noch besonders öffentlich bekanntgemacht.

Spankorn. Heute beginnt der Verkauf von 125 Gramm amerik. Schmelzschokolade auf Abschnitt 50, Einheits-Zufahrt, 50 Gramm Nussbutter auf Abschnitt 248, 50 Gramm Nusspeisefett auf Abschnitt 49, Einheits-Zufahrt. Am Sonnabend beginnt der Verkauf von 100 Gramm Margarine auf Abschnitt 2 der Speisefettliste.

Bankom. Auf Abschnitt 49 für Jugendliche 250 Gramm Röhrensuppen. Auf Abschnitt 50 500 Gramm Schnitt- oder Rohrbraten.

Reinlebensmittel. Für den Monat August enthalten: Auf Kinderkarte A: 1 Pfund Rindfleisch, 4 Pakete Reis, 2 Pfund Zwieback, 1 Paket Puddingpulver, 1/2 Pfund Schokoladenpulver oder noch mehr die Befehle aufgebraucht sind, 1 Tafel Schokolade; auf Kinderkarte B: 4 Pakete Reis, 1 Pfund Zwieback, 1 Paket Puddingpulver, 1/2 Pfund Schokoladenpulver, bzw. nach Aufbruch des Verbands, eine Tafel Schokolade zu 100 Gramm; auf Kinderkarte C: 4 Pakete Reis, 1 Pfund Zwieback, 1 Paket Puddingpulver. Es dürfen nur die Monatsabschnitte von den Karren abgeholt werden. Auf der Nummerabschnitte IV A, IV B, IV C wird nochmals eine Verteilung vorgenommen. Die Ausgabe erfolgt nur unter gleichzeitiger Vorlage der neuen Kennzeichen. Die Verkaufsstellen geben täglich bekannt, welche Karren besetzt werden.

Falkenhagen. Ausgabe der Karren Freitag im Rathaus, Zimmer Nr. 5, und zwar für die Inhaber der Kennzeichen: Nr. 601-820 von 9-9 Uhr vormittags, Nr. 1-200 von 9-10 Uhr vormittags, Nr. 201 bis 400 von 10-11 Uhr vormittags, Nr. 401-600 von 11-12 Uhr vormittags. Für Falkenhagen und Bahnhof Falkenhagen Ausgabe von 11-12 Uhr im Hotel „Zum Kronprinz“. Neben Brotkarten von 1/2 Liter mittlere Karren für Kinder von über 6 Monaten und unter 2 Jahren. Außerdem Ausgabe für Nahrungsmittel für Kinder bis zu 10 Jahren und Kriegsbeschädigte.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Sonnabend 7 Uhr abends Versammlung sämtlicher Funktionäre im kleinen Saal des Volkshauses.

Reels Niederbarnim. Für die Erholung in unserm Niederbarnim Kreislauf für den 6. Bezirk am Sonntag, den 10. August, sind Stimmzettel und Flugblätter im Kreisbüro, Neue Bahnhofsstraße 11, in Pichlerberg, in Empfang zu nehmen.

Welfensie. Sonnabend mittags 2 Uhr am Antonplatz 11 Morich nach dem Rennbahnplatz zum fröhlichen Beisammeln mit Spielen für die Jugend.

Hennigsdorf. Sonnabend abends 8 Uhr im Lokal Rhyon Hochg. in Wilmshagen, öffentliche Versammlung. Thema: Die gegenwärtige politische Lage. Referent: Gen. Dollbals, Hennigsdorf.

Vereinstandender.

Rechtsrat der Kriegsorganisationen. Freitag vormittags 3 Uhr Sitzung, Leddamer Straße 11, 4 Treppen.

Land technischer Angestellten u. Beamten, Bezirk Nordost-Berlin. Nächste Monatsversammlung am 11. August im Nordost-Casino, Altmooht 66/68. Die Versammlungen finden regelmäßig jeden zweiten Montag im Monat in obigem Lokal statt und sind besonders als Zahlung für Einzelmitglieder gebucht.

Neilscher Reinlebensdort. Heute 7 1/2 Uhr bei Koch, Provinzstr. 118. - Neilscher Lichtenberg: Heute 7 1/2 Uhr bei Koch, Provinzstr. 118. - Spandauer Neilscher: Heute 4 1/2 Uhr Versammlung im Alten Rathshaus.

Fortbildungsschüler! Nachschüler! Freitag abends 7 Uhr öffentliche Jugendversammlungen in der Aula der Schule, Gieselerstraße 49 und im Gewerkschaftshaus, Angelufer 14/15. Thema: Die Entscheidung über den Schulstreik. Bericht über die Verhandlungen.

Infolge Papiermangels leben wir uns gezwungen, diese Nummer nur im Umfange von vier Seiten erscheinen zu lassen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wieland, Reichshaus, Verlagsgesellschaft „Arbeit“, u. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Reinlebensdort und Verlagsgesellschaft u. G. m. b. H., Schulhausdamm 12.

Ein Teil der Presse sucht den Verlauf der von der U.S.P. im Mittelwest veranstalteten Versammlungen zum Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens zu einer parteipolitischen Sache gegen die U.S.P. auszunutzen. Während das „Berliner Tageblatt“ meint, die Unabhängigen wählten nur noch den Schein, als ob sie mit dem Wiederaufbau einverstanden seien, sagt es die „Boschische Zeitung“ sogar, von einem „strevelhaften Spiel“ zu sprechen, das die U.S.P. zur Beilegung ihrer parteipolitischen Agitation gebrauche. Herr Zellmann gar bezeichnet es als „Verbrechen am deutschen Arbeitervolk“, derartige Versammlungen abzuhalten. Daß die Abhaltung von aufläuternden Versammlungen ein Verbrechen ist, ist eine Behauptung, die sicher auch die rechtsozialistischen Arbeiter nur mit Entschiedenheit ablehnen werden. Diese Angriffe auf die U.S.P. entbehren auch jeder Berechtigung. Die von ihrer Zeitung vorgelegte Entschuldigungs- und schließlich doch noch in allen Versammlungen angenommen wurde - offenbar daneben auch noch andere Entschuldigungs Annahmen fanden -, sowie die sich im Rahmen dieser Entschuldigungs bewegenden Ausführungen der Referenten zeigen jedem vorurteilsfreien Menschen ganz deutlich, daß die U.S.P. nur die Absicht hatte, durch die Versammlungen einen Wiederaufbau, an dem die Arbeitererschaft durch aktive Mitwirkung beteiligt ist, und der ihre sonstigen Forderungen erfüllt, zu fördern. Wenn in den Versammlungen gegen die Ausführungen der Referenten sowie gegen die von ihnen vorgelegte Entschuldigungs Annahmen Widerspruch laut wurde, so rührte er in erster Linie daher, daß die Regierung durch die einseitige und willkürliche Zusammenfassung der von ihr noch verlassenen Kommission alles getan hatte, um das denkbar geringste Risiko an der Arbeitererschaft in ihre Absichten herbeizuführen. Wir haben mehrfach betont, wie verhängnisvoll die Folgen einer derartigen unvernünftigen Haltung der Regierung sein müssen, und der Verlauf der Versammlungen hat und selber nur zu sehr recht gegeben. Dieses Mißtrauen der Arbeitererschaft, insbesondere der Arbeiterlosen, gegen die ganz nach altem System zusammengesetzte Kommission, erklärt auch die „Freie Zeitung“ für berechtigt. Sie vertritt ferner mit Recht die Nichtbeteiligung der Arbeiterlosen und die Verweigerung der Möglichkeit, ihre Interessen und Ansichten zu vertreten. Dadurch vor allem ist bei der Arbeitererschaft der Eindruck entstanden, daß auch die Regierung nicht geneigt ist, dafür einzutreten, daß bei dem Wiederaufbau das private Unternehmertum und seine Macht nach Gewinn ausgeschaltet wird. Es ist durchaus keine Spekulation auf die Weltrevolution und ebensowenig die Absicht auf diesem Wege „sozialistische Agitation“ in das Gebiet der Entente zu tragen, wenn diese Forderung erhoben wird. Für die Anschuldigung privaten Gewinnstrebens sprechen vielmehr viele Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit. Nicht nur, daß dadurch der Anreiz für die Arbeitererschaft zur tätigen Mitwirkung an diesem Werk geboten wird, sie entlastet auch das Reich durch die Verbilligung der Kosten des Wiederaufbaus und hebt aus beiden Gründen im Interesse der Entente. Diese Gedankengänge vertreten aber nur Vertreter der Arbeitererschaft. Daß sie nicht in Frage kommen, mußte also das Mißtrauen der Arbeitererschaft hervorgerufen. Wir glauben auch, daß die von der Arbeitererschaft erhobenen Forderungen, wie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses zeigt, vertretenen Gedankengänge Verständnis bei der Entente finden würden, denn sowohl Frankreich als auch Belgien ist die tätige Mitarbeit Deutschlands an dem Wiederaufbau bei ihrem Mangel an Menschen und Material und bei der Notwendigkeit schneller Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete viel lieber als die sonst in Betracht kommende finanzielle Hilfe. Es ist deshalb die Schuld der Regierung, durch ihre Verhättnisse dazu beigetragen zu haben, daß einige angeblich im Namen der Arbeiterlosen sprechende Personen die Berechtigung zu haben glauben, gegen die Mitwirkung der Arbeitererschaft an Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens überhaupt aufzutreten zu können. Die deutsche Arbeitererschaft weiß, daß die Wiedergutmachung des von Deutschland beengenen Unrechts mit zu ihren Aufgaben gehört, aber sie verlangt mit Recht die sozialen Sicherungen, die in ihrem Interesse wie im Interesse der Gesamtheit verlangt werden müssen.

Ein unabhängiger Stelle erfahren die „F. P. N.“: Zu Beginn der Kommissionierung am 4. August erklärte der französische Vorkommissar, der Minister Bouché, daß die Entente bereit sei, die Mittel zu prüfen, die von deutscher Seite vorgeschlagen wurden, um mit Hilfe der Alliierten die deutsche Kohlenförderung zu steigern. In der Plenarsitzung der Kommissionsmitglieder gab Herr Bouché die Erklärung ab, daß er den aus Amsterdam zurückkommenden Vorsitzenden der französischen Bauarbeiter, Esparin, mit dem deutschen Delegierten Silberstein mit dem Gewerkschaft der Bauarbeiter zusammenführen würde. Er sei der Ansicht, daß die Arbeiter der Bauarbeiter, wonach deutsche Arbeiter in Nordfrankreich unerwünscht wären, mißverstanden sein müßten. Bei Besprechung der Einzelfragen äußerte Minister Bouché, er hätte sich, daß Deutschland vor allen Dingen die Forderung von Lens und Baillet wieder aufzuheben würde. Auch hielt er es für dringend erwünscht, daß Deutschland eine möglichst große Anzahl Hilfsarbeiter für die französische Landwirtschaft in Nordfrankreich zur Verfügung stellen sollte. Das Verhältnis der französischen Bauern zu den deutschen Kriegsgefangenen sei gut gewesen, daher glaube er, daß hierbei die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte wohl die geringste Schwierigkeit bieten würde. Nach eingehender Aussprache wurde die Gründung folgender Unterkommissionen beschlossen:

- 1. Kommission zur Regelung der Lebensmittel-, Bekleidungs- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter in Nordfrankreich (hierzu sollen Finanzleute und Arbeiterbevollmächtigte ausgewählt werden).
- 2. Kommission für soziale Versicherungsangelegenheiten der deutschen Arbeiter.
- 3. Kommission für Gesandtschaftsfragen (vorläufig ohne auf die Fragen des Versammlungsrechts, der Risse, der Besatz und der Funktionen der Gewerkschaftsbeamten einzugehen, zu denen die französische Regierung erst Stellung nehmen will).
- 4. Kommission für Wiederaufbauarbeiten in den von Deutschland übermachten Zonen (Zuständigkeit auch für Kleinbauernfragen).
- 5. Kommission für Wiederaufführung.
- 6. Kommission zur Wiederherstellung der Minen und Minearbeiterhäuser.
- 7. Kommission für Eisenbahn- und Brückenbau.
- 8. Kommission für das von Deutschland an Frankreich zu liefernde Baumaterial.
- 9. Kommission zum Studium der noch übrigen zu erledigenden Angelegenheiten des Wiederaufbaus.
- 10. Kommission für alle Transportfragen (deutsch-französisch-belgisch). Diese Kommission denkt sich Minister Bouché mit Esparinogenall ausgesendet und in Permaverg tagend.

